

FRITZ BREUSS
FRITZ SCHEBECK

■ OSTÖFFNUNG UND OSTERWEITERUNG DER EU

ÖKONOMISCHE AUSWIRKUNGEN AUF ÖSTERREICH

Die Ostöffnung und die damit verbundene Handelsliberalisierung hat zwar in einigen Sektoren den Konkurrenzdruck verschärft. Insgesamt profitierte aber die österreichische Wirtschaft von den zusätzlichen Exportmöglichkeiten. Die geplante Osterweiterung der EU ist wegen des niedrigen Entwicklungsnieveaus der Oststaaten mit hohen Beitrittskosten (im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Strukturpolitik) verbunden. Für Österreich würden besonders im Falle eines EU-Beitritts der vier Nachbarstaaten Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn die ökonomischen Vorteile in Form von zusätzlichem Wirtschaftswachstum die Nachteile der hohen Beitrittskosten langfristig überwiegen.

Zwei ökonomische Projekte halten die Europäische Union in naher Zukunft in Atem: zum einen die Schaffung der Europäischen Währungsunion mit der Einführung einer Einheitswährung in Europa, zum anderen die Osterweiterung.

Anlässlich der Tagung des Europäischen Rats in Madrid (15.-16. Dezember 1995) kommt der Vorsitzende zu folgenden Schlußfolgerungen bezüglich der Osterweiterung (EU, 1995, S. 22): „Die Erweiterung ist eine politische Notwendigkeit und zugleich eine historische Chance für Europa. Da sie für Stabilität und Sicherheit des Kontinents sorgt, wird sie nicht nur für die beitragswilligen Staaten, sondern auch für die derzeitigen Mitglieder der Union neue Perspektiven des Wirtschaftswachstums und des allgemeinen Wohlstands eröffnen. Die Erweiterung muß dazu dienen, das europäische Integrationswerk unter Wahrung des Besitzstands der Gemeinschaft, der die gemeinsamen Politiken einschließt, zu stärken.“

Die Weichen für die Osterweiterung sind bereits gestellt. Der Europäische Rat traf auf seinem Gipfel in Kopenhagen im Juni 1993 die Grundsatzentscheidung, daß jene assoziierten Länder Ost-Mitteuropas (MOEL), die der EU beitreten wollen, willkommen sind. Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist die Akzeptanz und Umsetzung des Rechtsbestands („acquis communautaire“) der EU. Anlässlich der folgenden Ratsgipfel wurde diese Einladung bekräftigt. Im Dezember 1994 bot der Europäische Rat in Essen den MOEL einen „strukturierten

Aktualisierte Fassung eines Beitrags des WIFO zur Studie über die Problematik der EU-Osterweiterung, die das Bundeskanzleramt im Vorjahr als Vorbereitung auf die Regierungskonferenz 1996 der EU veröffentlichte. Die Autoren danken Ewald Walterskirchen für wertvolle Anregungen und Hinweise. Aufbereitung und Analyse der Daten erfolgten mit Unterstützung von Martha Steiner

Dialog“ an und formulierte eine Heranführungsstrategie. Darauf aufbauend erstellte die Europäische Kommission in ihrem „Weißbuch zur Osterweiterung“ vom 3. Mai 1995 einen Aufgabenkatalog, der im wesentlichen der gesetzlichen Vorbereitung der MOEL als Voraussetzung für die Mitgliedschaft dient. Zum Gipfeltreffen in Cannes im Juni 1995 waren die assoziierten MOEL erstmals als Diskussionsteilnehmer eingeladen. Anlässlich des Gipfels von Madrid im Dezember 1995 wurden zum ersten Mal die Kosten der Osterweiterung (zumindest der Teilnahme an der Gemeinsamen Agrarpolitik) diskutiert und die Kommission beauftragt, weitere Studien über die Auswirkungen der Osterweiterung zu verfassen sowie nach Abschluß der Regierungskonferenz über den künftigen Finanzrahmen für die Union nach dem 31. Dezember 1999 (unter Einschluß möglicher Erweiterungskosten) zu berichten. Während der Termin für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Malta und Zypern für sechs Monate nach Abschluß der Regierungskonferenz 1996 festgelegt wurde, stellte der Rat auf dem Madrider Gipfel den MOEL keinen exakten Termin für die Aufnahme von Verhandlungen in Aussicht. Man kann aber davon ausgehen, daß die ersten Beitrittsgespräche mit den wirtschaftlich höchstentwickelten MOEL 1998 beginnen.

Bis Ende 1995 hat die EU mit 10 Ländern Ost-Mitteleuropas Europaabkommen unterzeichnet, von denen bereits sechs (mit Bulgarien, Polen, Rumänien, der Slowakei, Tschechien, Ungarn)¹⁾ im Februar 1994 bzw. Februar 1995 in Kraft traten. Gemäß Art. 238 des EG-Vertrags haben die EU und die MOEL mit den Europaabkommen einen Assoziationsstatus vereinbart²⁾. Die Europaabkommen basieren für alle MOEL auf der gleichen Grundstruktur, zielen aber im wesentlichen auf die Liberalisierung des Handels mit der EU ab. In den Präambeln ist eine „Beitrittsoption“ enthalten: „... in der Erkenntnis, daß ... (Name des Landes) ... letztlich die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft anstrebt und daß diese Assoziation nach Auffassung der Vertragsparteien ... (des Landes) ... bei Verwirklichung dieses Zieles helfen wird ...“ Die EU hat bisher weder einen genauen Zeitplan für die Beitritte formuliert noch mitgeteilt, ob alle zehn Länder Ost-Mitteleuropas gleichzeitig EU-Mitglied werden können oder nur eine schrittweise Aufnahme in Frage kommt. Eine sofortige Aufnahme aller zehn MOEL ist aber nach einmütiger Auffassung zu kostspielig. Bisher haben bereits sieben MOEL – Estland, Lettland, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ungarn – einen formellen Beitrittsantrag gestellt.

Einerseits verursacht die Osterweiterung enorme Kosten für die EU, andererseits wird dadurch – wie durch jede

wirtschaftliche Integration – der Markt vergrößert mit den Aussichten auf mehr Handel, höheres Wirtschaftswachstum und somit höhere Wohlfahrtseffekte für Europa insgesamt. Die vorliegende Arbeit schätzt die möglichen Effekte einer Osterweiterung für die österreichische Wirtschaft. Die Folgen der Ostöffnung nach dem Zusammenbruch des Kommunismus im Jahre 1989 können dabei als Indikator für mögliche künftige Effekte der Osterweiterung angesehen werden. Im ersten Teil der Studie werden daher die Effekte der Ostöffnung in den Jahren 1989 bis 1994 auf die österreichische Wirtschaft analysiert. Im zweiten Teil werden die möglichen Effekte der EU-Mitgliedschaft der MOEL auf die österreichische Wirtschaft für die Periode 2000 bis 2008 geschätzt. Als Integrationseffekte gelten dabei die zusätzlichen ökonomischen Effekte der EU-Mitgliedschaft der MOEL im Vergleich zu einer Fortschreibung ihrer Wirtschaftsentwicklung als assoziierte Staaten der EU. Die vergangenen Effekte der Ostöffnung und die künftigen der Integration der MOEL in die EU werden mit dem WIFO-Makromodell simuliert. Als Basisszenario dient eine revidierte Version der mittelfristigen Prognose des WIFO (Schebeck, 1995), die für die MOEL implizit den Assoziationsstatus (durch die Europaabkommen) annimmt.

Welche Länder Ost-Mitteleuropas zuerst der EU beitreten oder wieviele Staaten zur gleichen Zeit aufgenommen werden und wann dies geschieht, ist eine eminent politische Entscheidung. Viele Beobachter meinen, daß der erste EU-Beitritt eines MOEL nicht vor 2010 möglich sein wird. Jedes Mitgliedsland der EU hat unterschiedliche Präferenzen: Deutschland bevorzugt z. B. Polen, die skandinavischen Länder favorisieren die baltischen Staaten. Die südlichen EU-Länder sind an Freihandelsabkommen mit den afrikanischen Mittelmeerstaaten interessiert (Euro-Mittelmeerkonferenz in Barcelona, 27.-28. November 1995). Letztlich dürfte es zu einem großen „Deal“ kommen zwischen den nördlichen EU-Staaten, die mehr mit den MOEL verflochten sind, und den südlichen Mitgliedstaaten, die eher die Mittelmeerstaaten bevorzugen. Um ihre Institutionen und ihren Haushalt nicht zu sehr zu beanspruchen, wird die EU wahrscheinlich die Osterweiterung Schritt für Schritt vornehmen.

Um die Effekte aus österreichischer Sicht zu schätzen, wurde versucht, eine „optimale Gruppe“ für die Osterweiterung zu ermitteln. Diese besteht aus den vier Nachbarstaaten Tschechien, Slowakei, Slowenien und Ungarn. Die Wachstumsimpulse für Österreichs reales Brutto-Inlandsprodukt würden im Falle der EU-Mitgliedschaft dieser Länder die Kosten des Beitritts überwiegen. Die zusätzlichen Kosten der Aufnahme Polens würden die dabei zu erzielenden Wachstumsgewinne übersteigen. Dasselbe gilt für die restlichen MOEL. In einer Gesamtbewertung wurde der Fall einer Aufnahme aller zehn MOEL im Jahr 2000 durchgerechnet.

¹⁾ Die EU schloß mit Rußland am 17. Juli 1995 ein Interimsabkommen, das am 1. Februar 1996 in Kraft trat.

²⁾ Ein Bericht der Kommission über die Beziehungen der EU zu den assoziierten MOEL im Jahr 1995 findet sich in EU (1995), Anlage 6.

OSTÖFFNUNG: DIE ÖSTERREICHISCHEN ERFAHRUNGEN 1989 BIS 1994

UMORIENTIERUNG DER AUSSENHANDELPOLITIK DER EU

Der Zusammenbruch des Kommunismus 1989 und die Auflösung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) im Jahre 1991 hatten ein Vakuum in den handelspolitischen Beziehungen zwischen Ost und West zur Folge. Die EU füllte dieses Vakuum sehr rasch aus, indem sie sich in ihrer Handelspolitik stark auf die Länder Ost-Mitteleuropas konzentrierte. Bereits 1989/90 wurden mit den meisten MOEL Handels- und Kooperationsabkommen geschlossen. Diesen folgten Interimsabkommen zwischen der EU und einigen MOEL im Jahre 1992, die eine Liberalisierung des bilateralen Handels mit Industriegütern mit Hilfe von asymmetrischen Zollsensenkungen einleiteten (Breuss, 1995, Übersichten 1 und 2; EC, 1994, Breuss – Tesche, 1994). Die Interimsabkommen waren Vorläufer der Assoziationsabkommen („Europaabkommen“), die für sechs MOEL 1994 und 1995 in Kraft traten. Die Europaabkommen stellten die ökonomischen Beziehungen zwischen der EU und den MOEL qualitativ auf eine neue Basis. Zusätzlich zur beschleunigten Liberalisierung des Ost-West-Handels wurden einige Elemente des Binnenmarktes in die Verträge aufgenommen (z. B. freie Bewegung von Waren und Dienstleistungen sowie – in beschränktem Maße – die Freizügigkeit von Arbeitnehmern und die Niederlassungsfreiheit sowie die Regelung einiger agrarhandelspolitischer Fragen). Die Europaabkommen zählen daher bereits zu der auf dem Gipfel von Essen 1994 formulierten „Heranführungsstrategie“. Sie sind damit eine Vorstufe zur Integration in den Binnenmarkt; allerdings fehlt die Harmonisierung der Wettbewerbspolitik. Vielfach hieß es, daß – als Zwischenschritt zur Anpassung an den „acquis communautaire“ der EU – eine modifizierte Form des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) für die MOEL ebenso hilfreich wäre wie im Jahr 1994 für die drei neuen EU-Mitgliedsländer Finnland, Österreich und Schweden. Politiker aller MOEL lehnten solche Vorschläge jedoch immer ab: Sie wollen nicht mehr und nicht weniger als Vollmitglieder der EU sein.

Als Ergebnis der Interims- und Europaabkommen ist seit Jänner 1993 der Industriewarenhandel zwischen der EU und den MOEL im Ausmaß von rund 50% der Industriewarenimporte der EU zollfrei. Die restlichen Handelsbarrieren (Zölle und Quoten) werden für verschiedene sensible Güter und für EGKS-Produkte (Kohle und Stahl) sowie für Textilien und Bekleidung im Laufe der Jahre 1996 und 1997 beseitigt. Analog zu den Bestrebungen der EU haben auch die EFTA-Staaten mit den MOEL Freihandelsabkommen geschlossen, die jedoch eine viel geringere handelspolitische Qualität aufweisen als die Europaabkommen (Stankovsky, 1993).

Infolge der handelspolitisch engeren Bindung der MOEL an die EU wurde der bilaterale Handel stark intensiviert (Eurostat, 1995): Hatte die EU (12 Mitgliedstaaten) 1990 nur 2,9% ihrer Drittlandexporte mit den MOEL getätigt, so betrug dieser Anteil 1994 bereits 7,4%. Die Importe aus Ost-Mitteleuropa wuchsen nicht ganz so schnell (von einem Anteil von 2,8% 1990 auf 6,3% 1994). Insgesamt profitierte die EU von der Liberalisierung bisher mehr als die MOEL, wie die Entwicklung ihrer Handelsbilanz mit den MOEL zeigt. Kurz nach der Ostöffnung betrug das Defizit der EU 12 0,9 Mrd. ECU. Seither verbesserte die EU ihre Position gegenüber den MOEL ständig und erreichte 1994 einen Überschuß von 6,4 Mrd. ECU. Einem zunehmenden Überschuß im Handel mit Agrarwaren, Chemieprodukten, Maschinen und Fahrzeugen stand ein anhaltendes Defizit im Handel mit mineralischen Stoffen (Erdöl) sowie Leder, Textilien, Bekleidung, Holz, Steinen und unedlen Metallen gegenüber. Die wichtigsten Handelspartner des Westens sind unter den MOEL Polen (Anteil am Gesamtexport der EU 12 in die MOEL 1994 26,8%, am Gesamtimport aus den MOEL 26,9%), Tschechien (19,7% bzw. 18,8%), Ungarn (15,2% bzw. 14,6%) und Slowenien (9,1% bzw. 10,1%). Unter den 12 EU-Ländern sind Deutschland (49,9% bzw. 53,3%), Italien (18,3% bzw. 15,5%), Frankreich (8,3% bzw. 7,7%), die Niederlande (6,7% bzw. 6%) und Großbritannien (5,5% bzw. 6,8%) am stärksten im Ost-West-Handel engagiert.

ÖSTERREICHS BEZIEHUNGEN MIT DEN MOEL

DEUTLICHE VERBESSERTE HANDELSPOSITION

In der Zwischenkriegszeit war Österreichs Außenhandel sehr stark auf die Nachfolgestaaten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie konzentriert: 1937 gingen 53,3% der österreichischen Gesamtexporte nach Westeuropa und 32,9% nach Osteuropa (einschließlich Jugoslawiens). Österreich importierte ungefähr gleich viel aus West- und aus Osteuropa (40,4% bzw. 39,7%; Breuss, 1983, S. 366f). Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg wurden rund 20% des österreichischen Außenhandels mit Osteuropa abgewickelt (1947 Export 19,4%, Import 24,9%). Bis zum Abschluß des Staatsvertrags 1955 sank dieser Anteil auf 13% der Exporte und 11% der Importe. In der Folge stieg der Exportanteil stetig und betrug schließlich zwischen 15% und 20%, während die Importe nie mehr als rund 10% bis 11% erreichten. Zur selben Zeit bewirkte die dynamische europäische Integration (EFTA-Mitgliedschaft), daß Österreichs Außenhandel mit Westeuropa ständig zunahm (auf zwei Drittel der Gesamtexporte und drei Viertel der Gesamtimporte). Mit einem Anteil von 20% der Exporte verzeichnete Österreich im Jahr 1975 die engste Handelsverflechtung mit Osteuropa (RGW); der Anteil am

Übersicht 1: Österreichs Handelsbeziehungen mit Osteuropa

	1937 ¹⁾	1970	1980	1988	1994
<i>Anteile der Ostexporte am österreichischen Export in %</i>					
Frühere ČSFR	7,10	2,16	1,35	1,22	—
Tschechien					2,62
Slowakei					0,88
Polen	4,30	1,56	2,68	0,97	1,17
Ungarn	9,10	2,81	2,18	1,78	3,91
Bulgarien	0,80	0,93	0,67	0,63	0,26
Rumänien	5,60	1,64	1,13	0,13	0,29
MOEL 6	26,90	9,10	8,01	4,73	9,13
Früheres Jugoslawien	5,40	4,64	3,26	2,03	2,61
Slowenien					1,56
Estland					0,02
Lettland					0,02
Litauen					0,02
MOEL 10					10,75
Frühere UdSSR	0,60	2,87	2,73	2,88	1,84
Oststaaten	32,90	16,61	14,00	9,64	13,58
<i>Anteile der Ostimporte am österreichischen Import in %</i>					
Frühere ČSFR	11,00	1,90	1,85	1,34	—
Tschechien					1,80
Slowakei					0,66
Polen	4,60	1,63	0,98	0,94	0,82
Ungarn	9,00	1,68	1,38	1,41	2,04
Bulgarien	0,90	0,31	0,19	0,08	0,11
Rumänien	6,00	0,81	0,43	0,19	0,21
MOEL 6	31,50	6,33	4,83	3,96	5,64
Früheres Jugoslawien	7,90	1,40	0,81	1,04	0,92
Slowenien					0,65
Estland					0,00
Lettland					0,00
Litauen					0,00
MOEL 10					6,31
Frühere UdSSR	0,30	2,24	4,20	1,91	1,91
Oststaaten	39,70	9,97	9,84	6,91	8,47
<i>Handelsbilanz in Mill. S</i>					
Frühere ČSFR	— 73,0	— 147,5	— 2785,4	— 1359,2	—
Tschechien					2136,4
Slowakei					366,7
Polen	— 14,0	— 345,4	2948,8	— 515,6	355,5
Ungarn	— 20,0	540,8	572,6	457,0	7219,2
Bulgarien	— 4,0	404,9	930,3	2067,5	627,9
Rumänien	— 19,0	469,7	1176,2	— 331,0	198,8
MOEL 6	— 130,0	922,5	2842,5	318,7	11404,5
Früheres Jugoslawien	— 49,0	2147,4	4802,7	3105,8	7628,6
Slowenien					3940,9
Estland					39,5
Lettland					75,9
Litauen					42,3
MOEL 10					15503,1
Frühere UdSSR	+ 2,0	66,3	— 7085,1	2389,1	— 2525,4
Oststaaten	— 177,0	3136,2	560,1	5813,6	16507,7

MOEL 6: Frühere ČSFR, Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien. MOEL 10: MOEL 6 + Slowenien, Estland, Lettland, Litauen. ¹⁾ Breuss (1983) S. 367-370

Import aus Osteuropa (RGW) betrug in diesem Jahr 10,3%. In den siebziger und achtziger Jahren zwang die steigende Auslandsverschuldung die Oststaaten, ihre Importe zu drosseln. Diese Zahlungsbilanzbeschränkungen spiegeln sich in einem stetigen Rückgang der österreichischen Ostexporte auf einen Anteil von 9,6% im Jahr 1988; die Importe sanken auf 6,9% (Übersicht 1).

Die österreichischen Exporteure profitierten von der Ostöffnung insgesamt stark. 1994 erreichten die Ostexporte mit 13,6% der Gesamtausfuhr ihr höchstes Gewicht. Da sich die Importpenetration nicht im gleichen

Ausmaß verstärkte (Importanteil 1994 8,5%), erzielte Österreich im Handel mit Osteuropa 1994 (einschließlich der früheren UdSSR und des früheren Jugoslawien) einen hohen Überschuss (16,5 Mrd. S.); vor der Ostöffnung war die bilaterale Handelsbilanz eher ausgeglichen gewesen (Übersicht 1).

Insgesamt kann man Österreich im Handel mit Osteuropa seit 1989 zu den „Gewinnern“ zählen. In jenen Sektoren, in denen die MOEL ihre komparativen Vorteile voll ausschöpfen konnten (arbeits- und energieintensive Branchen), gibt es natürlich vereinzelt Probleme. Am meisten betroffen ist die Produktion von Zement, Stahl, Textilien und Bekleidung sowie Landmaschinen (Aiginger, 1995, Dietz – Havlik, 1995). Kontingentierungen und Anti-Dumpingverfahren waren ein Versuch, den betroffenen Branchen in Österreich Zeit zur Anpassung zu verschaffen. Die Liberalisierung des Ost-West-Handels durch Freihandels- und Europaabkommen brachte ein deutliches Muster komparativer Vorteile im bilateralen Handel zutage: Österreich hat Wettbewerbsvorteile im Export von kapital-, humankapital- und hochtechnologieintensiven Produkten, während die MOEL arbeits-, energie- und rohstoffintensive Produkte günstiger anbieten können. Seit der Ostöffnung hat sich der zuvor stark komplementäre Charakter des Ost-Westhandels merklich abgeschwächt. Österreich importiert zunehmend Industriegüter aus Ost-Mitteuropa (1985 20,7%, 1994 59,1%). Zugleich geht der Anteil von Roh- und Brennstoffimporten aus den MOEL am Gesamtimport Österreichs zurück (von 72,3% auf 34,6%). Es gibt bereits Anzeichen einer Zunahme des intra-industriellen Handels zwischen der EU und den MOEL (Breuss, 1995, S. 6, Eurostat, 1995).

AUSLÄNDISCHE DIREKTINVESTITIONEN: VERSTÄRKUNG ODER ERSATZ DES AUSSEN- HANDELS?

Österreich hat nicht nur seine Handelsbeziehungen mit den Oststaaten seit 1989 intensiviert, es baute auch sein Engagement mit Direktinvestitionen stetig aus (Stankovsky, 1995). Während die österreichische Wirtschaft im internationalen Vergleich ein marginaler Investor ist (ihr Anteil an den gesamten Direktinvestitionen der Industriestaaten betrug im Durchschnitt 1991/1993 knapp 1%), ist sie in den MOEL überproportional vertreten: An den ausländischen Direktinvestitionen der westlichen Industriestaaten in den Oststaaten war Österreich im gleichen Zeitraum mit rund 10% beteiligt. Der Anteil der österreichischen Direktinvestitionen insgesamt (1%) liegt nur knapp unter dem Marktanteil am Welthandel (1,7%); dagegen übertrifft der Direktinvestitionsanteil in den Oststaaten mit 10% das Gewicht im Ostexport westlicher Industriestaaten deutlich (6%).

Die Frage, ob Direktinvestitionen in Osteuropa (Produktionsverlagerungen) Exporte des Westens substituieren

oder zusätzliche Exporte stimulieren, ist sowohl theoretisch umstritten (Neary, 1995) als auch empirisch sehr schwer zu entscheiden (Pfaffermayr, 1995). Während Neary (1995) in einem einfachen Zweiländer-Zweisektorenmodell mit internationaler Kapitalmobilität (spezifisches Faktormodell) zum Ergebnis kommt, daß internationaler Güter- und Faktorhandel (wie im Heckscher-Ohlin-Modell) substitutiv wirkt, schließt Pfaffermayr (1995) aus einer empirischen Analyse für die österreichische Industrie, daß Direktinvestitionen und Außenhandel eher komplementär sind, d. h. daß Direktinvestitionen im Ausland wiederum Exporte nach sich ziehen. Eine andere Frage ist, ob durch verstärkte Auslandsinvestitionen die inländische Produktion durch Importe ersetzt wird. Auch Stankovsky (1996) findet nur wenige empirische Fakten zur Stützung der Hypothese, daß ausländische Investitionen in den MOEL bisher wesentlich zu deren Export- und damit Wirtschaftswachstum beitragen. Da diese Fragen also nicht eindeutig zu beantworten sind, keine solche Interpretation findet sich auch in Baldwin, 1994, Sheehy, 1994), geht die folgende Ex-post-Analyse des Einflusses der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft von der Annahme aus, daß die Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen auf die österreichischen Außenhandelsbeziehungen mit den MOEL eher einen neutralen Effekt hatten.

Übersicht 2: Gesamtwirtschaftliche Effekte der Ostöffnung
Direkte Effekte, Effekte der deutschen Wiedervereinigung und der Immigration

	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	Differenz zwischen Simulations- und Basislösung					
Privater Konsum, real	+0,0	+0,3	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,3
Öffentlicher Konsum, real	+0,0	+0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Brutto-Anlageinvestitionen, real	-0,0	+0,7	+ 1,4	+ 2,3	+ 3,6	+ 4,5
Exporte i w S, real	+0,0	+1,7	+ 3,0	+ 3,7	+ 4,4	+ 5,0
Güter	+0,0	+2,2	+ 3,6	+ 4,4	+ 5,4	+ 6,1
Importe i w S, real	+0,0	+1,3	+ 2,2	+ 2,6	+ 3,2	+ 3,8
Güter	-0,0	+1,5	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,8	+ 4,5
BIP, real	+0,0	+0,5	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,4
Leistungsbilanz in % des BIP	-0,0	+0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2
Deflator des privaten Konsums	±0,0	-0,2	- 0,5	- 0,8	- 0,9	- 0,9
Deflator des BIP	±0,0	-0,3	- 0,8	- 1,2	- 1,3	- 1,3
Terms of Trade: Güter	+0,0	-0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Verfügbares persönliches Einkommen, real	+0,0	+0,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,9
Lohnquote	-0,0	-0,4	- 0,9	- 1,1	- 1,1	- 1,1
Unselbständig Beschäftigte	+0,0	+0,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,9
In 1.000	+0,1	+6,4	+17,0	+30,3	+44,2	+56,3
Arbeitslosenquote	+0,3	+1,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,8
Arbeitsproduktivität	+0,0	+0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Net Lending des Staates						
In % des BIP	-0,0	-0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5
Mrd. S	-0,7	-1,3	- 1,4	+ 2,0	+ 7,0	+11,0

Für die Komponenten der Nachfrage, das BIP, die Deflatoren, das verfügbare persönliche Einkommen, die unselbständig Beschäftigten und die Arbeitsproduktivität geben die angeführten Zahlen die kumulierten Niveaubewegungen des Simulationsszenarios vom Basis-szenario im n -ten Jahr in % an, für Leistungsbilanz, Terms of Trade, Lohnquote, Arbeitslosenquote und das Net Lending des Staates in Prozentpunkten.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE WIRKUNGEN DER OSTÖFFNUNG

- Die Ostöffnung 1989 wirkte in Österreich primär „handelsschaffend“. Unter der Annahme, daß Österreichs Außenhandel mit Ost-Mitteleuropa sich ohne Ostöffnung auf dem Niveau vor 1989 stabilisiert hätte (Exportanteil 9½%, Importanteil 7%), werden die Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung seither als „direkte handelsschaffende Effekte“ bezeichnet. Die gesamtwirtschaftlichen Effekte daraus kumulierten sich im Zeitraum 1989 bis 1994 auf 1,3% des realen BIP zusätzlich und – bei einem Anstieg des Produktivitätsniveaus um 0,6% – auf die Schaffung von 20 000 Arbeitsplätzen zusätzlich (+0,7%). Die positiven Effekte der Ostöffnung auf die Nettoexporte resultierten in einer Verbesserung der Leistungsbilanz um 0,2% des BIP bis zum Jahr 1994.
- Die historisch einmaligen politischen Änderungen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Ostöffnung machten auch die deutsche Wiedervereinigung möglich. Wenn man die gesamten ökonomischen Effekte der mit der Ostöffnung verbundenen fundamentalen Umwälzungen seit 1989 quantifizieren will, muß man für Österreich neben den „direkten handelsschaffenden Effekten“ zwei weitere Effekte berücksichtigen: jenen der „deutschen Wiedervereinigung“ und jenen der zunehmenden „Immigration“. Aufgrund internationaler Schätzungen wird

hier angenommen, daß die deutsche Wiedervereinigung in Westdeutschland 1990 und 1991 ein zusätzliches Wachstum des realen BIP von 2 Prozentpunkten induzierte. Über Spill-overs profitierte Westeuropa davon im Ausmaß von 0,5% des realen BIP zusätzlich in den Jahren 1990 und 1991 und von 0,2% im Jahr 1992. Der Zusammenbruch des Kommunismus und die Ostöffnung lösten aber auch eine Migrationswelle aus. In der Periode 1989/1994 dürfte der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte (Immigranten) in Österreich rund 100.000 betragen haben; nur ein Teil davon ist auf die Ostöffnung zurückzuführen.

Direkte Handelsschaffung, deutsche Wiedervereinigung und Immigration ergeben in den Simulationen mit dem WIFO-Makromodell folgende gesamtwirtschaftliche Effekte (Übersicht 2): Kumuliert von 1989 bis 1994 trugen der Transformationsprozeß und die mit der Ostöffnung und der Handelsliberalisierung der EG und EFTA verbundenen Maßnahmen 2,4 Prozentpunkte zum Anstieg des realen BIP in Österreich bei³⁾. Der erhöhte Nettoexport stimulierte Produktion und Einkommen, sodaß die Inlandsnachfrage um 1,9% zusätzlich stieg. Die Zahl der durch die Ostöffnung 1989 bis 1994 zusätzlich unselbständig Beschäftigten beträgt nach diesen Berech-

³⁾ Trotz etwas abweichender Ausgangsannahmen kommen Schebesch – Wörgötter (1995) mit dem IHS-Makromodell zu ähnlichen Größenordnungen (1990/1995 reales BIP +2,2% zusätzlich).

nungen in der Gesamtwirtschaft 56 000⁴⁾; das entspricht einem kumulierten Zuwachs um 1,9%⁵⁾. Der direkte Handelseffekt allein erhöhte das reale BIP um 1,3% und trug zur Schaffung von 20 800 Arbeitsplätzen bei (+0,7%).

Da die Immigrationswelle seit 1989 das Arbeitskräfteangebot um 3,9% vergrößerte, nahm die Arbeitslosenquote im selben Zeitraum um 1,8 Prozentpunkte zu. Der dadurch entstandene Angebotsüberschuß auf dem Arbeitsmarkt dämpfte die Lohndynamik (-1,1% gegenüber der Basislösung) und den Preisauftrieb (gemessen am Deflator des privaten Konsums -0,9%). Die Leistungsbilanz verbesserte sich vor allem durch die handels-schaffenden Effekte und jene der deutschen Wiedervereinigung deutlich (1994 +0,2% des BIP). Mit der leichten Verringerung der Arbeitslosigkeit seit 1992 stiegen auch die Sozialtransfers langsamer; das trug zu einer zunehmenden Entlastung des Staatshaushalts bei. Bis 1994 wirkte sich die Ostöffnung auf die öffentlichen Haushalte in einer Entlastung von 0,5% des BIP aus⁶⁾.

IMMIGRATION IN MAKROÖKONOMISCHER SICHT

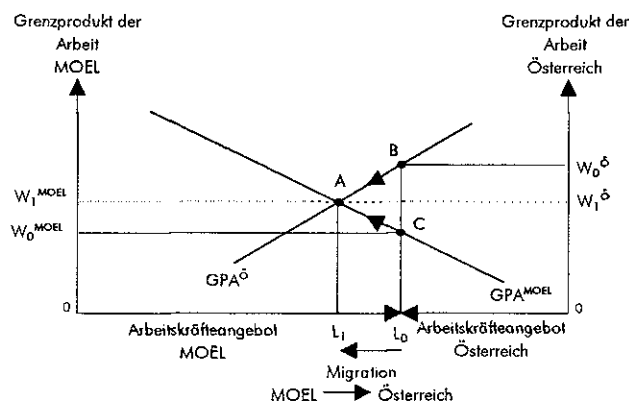
Kurz nach dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989 entstand eine neue Welle von Ost-West-Migration, die erst abklang, als die meisten europäischen Staaten den Zugang beschränkten (Breuss – Tesche, 1996). Diese „unfreiwillige“ oder ungewollte Immigration wird als „Push-Migration“ bezeichnet – im Gegensatz zur gewünschten oder von den westeuropäischen Ländern in den sechziger und siebziger Jahren forcierten „Pull-Migration“ (zu dieser Einteilung siehe Zimmermann, 1995). In Österreich nahm das Arbeitskräfteangebot 1989 um 1,4% zu, 1990 und 1991 jeweils um 2,8%, 1992 um 2,1%; der Anstieg verlangsamte sich aufgrund der Beschränkung des Zutritts zum österreichischen Arbeitsmarkt auf 0,9% 1993 und 0,3% 1994. Die Modellsimulationen basieren auf der Annahme, daß das Arbeitskräfteangebot als Folge von Immigration in Österreich zwischen 1989 und 1992 um rund 100.000

⁴⁾ Frühere WIFO-Schätzungen ermitteln die Netto-Beschäftigungseffekte der Ostöffnung mit nur rund + 15 000 Personen (Kramer – Pender – Stankovsky, 1993, S. 17).

⁵⁾ Schebesch – Wörgötter (1995) errechnen eine Steigerung um 1,7% bzw. 50 000 Personen.

⁶⁾ In einer Simulationsstudie mit dem makroökonomischen Weltmodell des IMF (Multimod) untersuchen Bartolini – Symansky (1995) die makroökonomischen Implikationen der Finanzierung des Transformationsprozesses in Osteuropa für Westeuropa und Osteuropa anhand verschiedener Varianten von West-Ost-Kapitaltransfers. In allen Fällen ergibt sich jeweils nur ein kurzfristiger Wachstumsimpuls in Westeuropa von 1% bis 2%, der in der Folge durch einen deutlichen Anstieg der Zinsen in Westeuropa wieder gedämpft wird. In Osteuropa wird das Wachstum des realen BIP jeweils am stärksten stimuliert, wenn die Kapitalzuflüsse Investitionen dienen.

Abbildung 1: Effekte der Migration auf das Lohnniveau



In einem idealen Zweiländermodell, in dem nur der Faktor Arbeit international mobil ist, entsteht bei offenen Grenzen Migration, wenn zwischen den Lohnniveaus ein deutliches Gefälle besteht. Aufgrund des großen Lohngefälles zwischen Ost- (W_0^{Ost}) und Westeuropa (hier Österreich: W_0^O) von durchschnittlich 1 : 10! ist diese Annahme nicht unplausibel. Durch die Wanderung von Ost nach West (in der Abbildung die Bewegung von B und C nach A) würde der Arbeitskräfteangebotsüberschuß im Osten abgebaut und jener im Westen aufgebaut. Dadurch erfolgt tendenziell eine Angleichung der Löhne – im Idealfall sogar ein Faktorpreisausgleich ($W^{MOEL} = W^O$).

Personen erhöht wurde; die Mehrheit der Immigranten stammte aus dem früheren Jugoslawien und aus der Türkei, nur ein kleiner Teil kam aus den MOEL (Biffi, 1992, 1995).

Die ökonomischen Auswirkungen der Migration können mit zwei grundlegenden Modellen analysiert werden: mit einem mikroökonomischen oder sektoralen (allgemeiner Gleichgewichtsansatz) und einem makroökonomischen Ansatz. Im mikroökonomischen Ansatz werden in Zwei- oder Mehrländermodellen mit zwei oder mehr Sektoren die Auswirkungen der internationalen Faktorzwanderung auf die Allokation von Produktion und Produktionsfaktoren in den einzelnen Sektoren sowie auf die Faktorpreise (Löhne, Kapitalrenditen) untersucht. Da die immigrierenden Arbeitskräfte meist schlechter ausgebildet sind und in arbeitsintensiven (Dienstleistungs-) Sektoren beschäftigt werden, führt Immigration in der Regel zu einem Druck auf die Löhne sowohl von gelernten als auch von ungelernten Arbeitskräften, während die Kapitalrendite relativ steigt. Das „normale“ Ergebnis von Immigration ist eine Verschiebung der funktionalen Einkommensverteilung zu Lasten des Faktors Arbeit und zugunsten von Kapital (Breuss – Tesche, 1996). In einem neoklassischen Zweiländermodell mit internationaler Mobilität des Faktors Arbeit bewirkt – im Idealfall – Migration im Senderland durch eine Angebotsverknappung einen Anstieg der Löhne und im Empfängerland wegen des Angebotsüberschusses ein Sinken der Löhne (Abbildung 1). Die tatsächlichen Effekte auf Arbeitslosigkeit und Löhne hängen aber von verschiedenen anderen Faktoren wie dem Lohnbildungsregime (rigide oder flexibel) und von der parallelen Entwicklung des Faktors Kapital im Zielland ab. Ist es gleichzeitig mit der Erhöhung des Arbeitskräfteangebotes durch Immigration sei-

Übersicht 3: Ökonomische Auswirkungen der Immigration nach der Ostöffnung

	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	Differenz zwischen Simulations- und Basislösung					
Privater Konsum, real	+0,0	+0,1	+0,2	+0,1	+0,1	+0,0
Öffentlicher Konsum, real	+0,0	+0,0	+0,1	+0,2	+0,2	+0,2
Brutto-Anlageinvestitionen, real	-0,0	-0,2	-0,4	-0,3	+0,1	+0,3
Exporte i w S, real	+0,0	+0,1	+0,2	+0,3	+0,3	+0,2
Güter	+0,0	+0,0	+0,1	+0,2	+0,2	+0,1
Importe i w S, real	+0,0	+0,0	-0,0	-0,0	+0,0	+0,1
Güter	-0,0	-0,0	-0,0	+0,0	+0,2	+0,2
BIP, real	+0,0	+0,0	+0,1	+0,2	+0,2	+0,2
Leistungsbilanz in % des BIP	-0,0	-0,0	+0,8	+0,0	-0,0	-0,0
Deflator des privaten Konsums	±0,0	-0,1	-0,4	-0,5	-0,6	-0,6
Deflator des BIP	±0,0	-0,2	-0,6	-0,8	-0,9	-0,9
Terms of Trade: Güter	-0,0	-0,1	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
Verfügbares persönliches Einkommen, real	+0,0	+0,2	+0,3	+0,3	+0,2	+0,1
Lohnquote	-0,0	-0,2	-0,5	-0,7	-0,6	-0,6
Unselbständig Beschäftigte in 1.000	+0,0	+0,0	+0,1	+0,3	+0,5	+0,6
	+0,1	+1,0	+3,9	+9,0	+14,2	+18,0
Arbeitslosenquote	+0,3	+1,5	+2,6	+2,6	+2,4	+2,3
Arbeitsproduktivität	±0,0	±0,0	±0,0	-0,1	-0,3	-0,4
Net Lending des Staates in % des BIP	-0,0	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2
Mrd S	-0,7	-3,7	-6,6	-6,3	-4,9	-4,1

Für die Komponenten der Nachfrage, das BIP, die Deflatoren, das verfügbare persönliche Einkommen, die unselbständig Beschäftigten und die Arbeitsproduktivität geben die angeführten Zahlen die kumulierten Niveaubewegungen des Simulationsszenarios vom Basis-szenario im *n*-ten Jahr in % an, für Leistungsbilanz, Terms of Trade, Lohnquote, Arbeitslosenquote und das Net Lending des Staates in Prozentpunkten

ne Produktionskapazitäten ausweitet). Die ökonomischen Effekte der Immigration sind auch unterschiedlich in kurzer, mittlerer und langer Frist. Sind die Löhne (wie meist in Europa) kurzfristig fixiert und daher rigide, läßt Immigration das Arbeitskräfteangebot und damit die Arbeitslosigkeit steigen. Mittel- und langfristige kann eine flexible Lohnentwicklung Arbeitslosigkeit verhindern (Weyerbrock, 1995, Breuss – Tesche, 1994 und 1996 im Falle von Österreich-Ungarn).

Unter der Annahme, daß sich in Österreich der Immigrantenzustrom nach der Ostöffnung von 100 000 auf die Jahre 1989 bis 1992 verteilte, ergeben sich die folgenden makroökonomischen Effekte der Immigration im Zeitraum 1989 bis 1994 (Übersicht 3): Aus der Reaktion des Arbeitsmarktes läßt sich ablesen, daß die Lohnflexibilität beträchtlich zunahm. Der starke kurzfristige Zustrom von ausländischen Arbeitskräften in den Jahren 1989 bis 1992 dämpfte den Lohnzuwachs rasch. Verglichen mit dem Basis-szenario (ohne Immigration) sanken die Bruttolöhne und Gehälter pro Kopf zwischen 1989 und 1992 um 2¼%. Als Folge davon konnte ein Teil des Überangebotes auf dem Arbeitsmarkt absorbiert und der Anstieg der Arbeitslosigkeit gemildert werden. Der Druck auf die Lohnzuwächse ermäßigte den Preisauftrieb, das hatte wieder eine leichte reale Zunahme der Inlandsnachfrage zur Folge. Bis 1994 wuchs das reale BIP als Folge der Immigration um 0,2% zusätzlich. Der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit (besonders bis 1992) belastete die öffentlichen Haushalte in Form der Arbeitslosenunterstützung. Mit dem Greifen der Zutritts-

beschränkungen für den Arbeitsmarkt wurde die Belastung der Budgets etwas gemildert

EU-OSTERWEITERUNG: AUSWIRKUNGEN FÜR ÖSTERREICH 2000/2008

WIE ERFASST MAN INTEGRATIONSEFFEKTE IN TRANSFORMATIONSOÖKONOMIEN?

In der ökonomischen Literatur gibt es verschiedene Ansätze zur empirischen Erfassung von Handelseffekten, die durch Integration verursacht werden. Einer dieser Ansätze, das Gravitationsmodell, erklärt die bilateralen Handelsströme durch folgende fünf Faktoren: 1. das BIP pro Kopf in beiden Ländern als Näherungsgröße für die Linder-Hypothese, wonach Länder umso intensiver miteinander Handel treiben, je ähnlicher ihr Entwicklungs-niveau ist (im Spezialfall erklärt diese Variable auch das Ausmaß des intra-industriellen Handels); 2. das BIP der beiden Länder als Maß für das Einkommen; 3. die Bevölkerung; 4. die Entfernung zwischen den Ländern und 5. den Grad der Liberalisierung.

Nach diesen Modellen müßten Länder, die vor dem Zweiten Weltkrieg enge Handelsbeziehungen mit den Oststaaten unterhielten, nach Wegfall der Handels-hemmnisse (durch Liberalisierung gemäß den Europaabkommen bzw. EU-Beitritt) wieder jene Handelsintensität erreichen, die sie seinerzeit hatten. Hamilton – Winters (1992) prognostizieren eine Vervierfachung des bilateralen Handelspotentials zwischen der EU und den MOEL (siehe auch Gasiorek – Smith – Venables, 1994). Allerdings wird nicht gesagt, in welchem Zeitraum sich diese Prognosen verwirklichen sollen.

Mit den Modellsimulationen für Österreich versucht das WIFO, die Auswirkungen eines EU-Beitritts der MOEL bis zum Jahr 2008 zu quantifizieren. Ausgangspunkt (und auch wichtigster Input) für die Berechnungen sind Schätzungen der Integrationswirkungen auf den Außenhandel der MOEL von Landesmann – Pöschl (1995). Unter Verwendung eines von Thirlwall (1979) entwickelten Modells, in dem der Wachstumsprozeß der Länder durch die Zahlungsbilanz beschränkt wird, entwerfen die Autoren für fünf MOEL jeweils zwei Szenarien: Assoziation und EU-Beitritt. Aus den für diese Szenarien geschätzten Handelsströmen (Übersicht 4) werden hier die österreichischen Exporte in diese Länder und die Importe aus diesen Ländern abgeleitet.

Statt sich für die Ermittlung der Wachstumseffekte eines EU-Beitritts der MOEL auf eine bestimmte Integrations-theorie zu stützen, verwenden Landesmann – Pöschl (1995, S. 319f) ein modifiziertes Thirlwall-Modell. Demnach lockert eine EU-Mitgliedschaft von der Zahlungsbilanz ausgehende Beschränkungen und ermöglicht daher stärkeres BIP-Wachstum (Übersicht 4). Die Lockerung wirkt über folgende Kanäle:

Übersicht 4: Szenarien der Wirtschaftsentwicklung

		Integrationszenario							Assoziationszenario										
		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
		Veränderung gegen das Vorjahr in % real																	
Tschechien	BIP	+ 7,8	+ 7,7	+ 7,7	+ 6,7	+ 7,8	+ 6,8	+ 5,9	+ 4,8	+ 4,6	+ 5,8	+ 5,5	+ 5,2	+ 4,9	+ 4,7	+ 4,5	+ 4,3	+ 4,1	+ 3,9
	Exporte	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6
	Importe	+ 9,9	+ 10,1	+ 10,2	+ 9,1	+ 10,6	+ 9,5	+ 8,6	+ 7,4	+ 7,3	+ 7,6	+ 7,4	+ 7,2	+ 7,0	+ 6,9	+ 6,8	+ 6,6	+ 6,5	+ 6,4
Slowakei	BIP	+ 7,7	+ 7,5	+ 7,6	+ 6,8	+ 7,8	+ 7,0	+ 6,5	+ 5,8	+ 5,9	+ 5,0	+ 5,0	+ 5,0	+ 5,0	+ 5,1	+ 5,2	+ 5,2	+ 5,2	+ 5,3
	Exporte	+ 5,9	+ 6,1	+ 6,2	+ 6,4	+ 6,6	+ 6,9	+ 7,1	+ 7,4	+ 7,7	+ 3,9	+ 4,3	+ 4,6	+ 5,0	+ 5,4	+ 5,8	+ 6,1	+ 6,5	+ 7,0
	Importe	+ 14,9	+ 14,4	+ 14,3	+ 12,5	+ 14,1	+ 12,4	+ 11,0	+ 9,4	+ 9,2	+ 10,6	+ 10,2	+ 9,9	+ 9,6	+ 9,3	+ 9,0	+ 8,7	+ 8,3	+ 7,9
Ungarn	BIP	+ 6,0	+ 6,0	+ 6,9	+ 7,2	+ 8,2	+ 8,0	+ 7,6	+ 6,5	+ 6,2	+ 5,2	+ 5,4	+ 5,3	+ 5,2	+ 5,1	+ 5,0	+ 4,9	+ 4,9	+ 4,8
	Exporte	+ 6,6	+ 6,3	+ 6,3	+ 6,2	+ 6,2	+ 5,9	+ 5,7	+ 5,6	+ 5,5	+ 6,1	+ 6,0	+ 5,8	+ 5,7	+ 5,6	+ 5,5	+ 5,5	+ 5,4	+ 5,4
	Importe	+ 4,5	+ 4,6	+ 5,7	+ 6,1	+ 7,4	+ 7,4	+ 7,2	+ 6,1	+ 5,8	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,6
Slowenien	BIP	+ 7,2	+ 7,1	+ 7,1	+ 6,5	+ 7,2	+ 6,7	+ 6,3	+ 5,8	+ 5,8	+ 5,0	+ 4,9	+ 4,9	+ 4,9	+ 4,9	+ 4,9	+ 4,9	+ 4,9	+ 5,3
	Exporte	+ 9,3	+ 9,0	+ 8,8	+ 8,5	+ 8,3	+ 8,1	+ 7,9	+ 7,8	+ 7,6	+ 7,8	+ 7,6	+ 7,5	+ 7,3	+ 7,2	+ 7,1	+ 6,9	+ 6,8	+ 6,7
	Importe	+ 11,1	+ 10,8	+ 10,8	+ 9,8	+ 11,0	+ 10,0	+ 9,2	+ 8,3	+ 8,2	+ 7,2	+ 7,1	+ 7,0	+ 6,9	+ 6,8	+ 6,8	+ 6,7	+ 6,6	+ 7,3
Polen	BIP	+ 6,7	+ 6,7	+ 6,6	+ 6,5	+ 6,1	+ 5,7	+ 5,3	+ 5,1	+ 4,8	+ 5,1	+ 5,0	+ 4,9	+ 4,9	+ 4,9	+ 4,9	+ 4,8	+ 4,7	+ 4,6
	Exporte	+ 7,5	+ 7,5	+ 7,3	+ 7,1	+ 6,9	+ 6,7	+ 6,5	+ 6,4	+ 6,3	+ 6,2	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,0	+ 5,9	+ 5,9	+ 5,8	+ 5,8	+ 5,7
	Importe	+ 4,5	+ 4,7	+ 4,9	+ 5,0	+ 4,8	+ 4,5	+ 4,2	+ 4,1	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,6

Q: Landesmann – Pöschl (1995)

1. beschleunigter Aufholprozeß in Produktivität und Produktqualität,
2. raschere Anpassung der Löhne,
3. raschere Modernisierung der Güterstruktur im Außenhandel mit einem höheren Anteil des intra-industriellen Handels,
4. Ausweitung des Handels mit Dienstleistungen,
5. höhere ausländische Direktinvestitionen in den MOEL und verbesserter Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten,
6. Schwächung der Rolle der Wechselkurspolitik durch die EU-Mitgliedschaft,
7. verbesserte Exportmöglichkeiten durch Zugang zum EU-Markt

FOLGEN EINES EU-BEITRITTS DER MOEL FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE WIRTSCHAFT

ANNAHMEN FÜR DIE MODELLSIMULATION

Zur Erfassung der möglichen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen eines EU-Beitritts der MOEL werden Simulationen mit dem WIFO-Makromodell durchgeführt. Dieses Modell wurde bereits mehrmals für ähnliche Fragestellungen verwendet – zuletzt für die Schätzung der Folgen des österreichischen EU-Beitritts (Breuss – Kratena – Schebeck, 1994). Leider ist der Außenhandel im WIFO-Modell nicht regional gegliedert, sondern nur global spezifiziert. (Es ist äußerst schwierig, für Österreich ein regional gegliedertes Außenhandelsmodell zu erstellen, weil regionale Außenhandelspreisdaten nicht zur Verfügung stehen.)

Um die gesamten Auswirkungen eines EU-Beitritts der MOEL zu ermitteln, müssen mehrere Impulse berücksichtigt werden:

1. Direkte Handelseffekte (Handelsschaffung): Als Input dienen die durch den EU-Beitritt der MOEL hervorgerufenen zusätzlichen Exporte Österreichs, abgeleitet aus den oben erwähnten Szenarien von Landesmann – Pöschl (1995; Übersicht 4).
2. Indirekte Handelseffekte: Handelsschaffende Effekte treten nicht nur in Österreich auf, sondern auch in den anderen EU-Ländern. Dies bewirkt wieder die übliche Nachfrageübertragung auf Österreich.
3. Kosten des EU-Beitritts der MOEL: Die Teilnahme der MOEL am Binnenmarkt wird die Transfers (für GAP und Strukturfonds) erheblich ausweiten. Dies bedeutet für die bisherigen EU-Mitglieder eine deutliche Mehrbelastung.
4. Transferproblem: Der Zustrom zusätzlicher Transfers für die Teilnahme an der GAP bzw. und den Strukturfonds vergrößert den Leistungsbilanzspielraum der MOEL und ermöglicht daher eine Wachstumsbeschleunigung und eine zusätzliche Handelsschaffung.

Zur Erfassung der direkten Handelseffekte wurden folgende technischen Annahmen getroffen:

- Ausgangswerte sind die nominellen Außenhandelsströme zwischen Österreich und den einzelnen MOEL im Jahr 1994
- Unter Verwendung von Deflatoren für die gesamten Warenexporte und -importe wurden reale Außenhandelsströme (zu Preisen von 1983) berechnet.
- Mit den von Landesmann – Pöschl (1995, Appendix, Übersichten 6.2.1 bis 6.2.5) geschätzten Zuwachsraten der Exporte und Importe der einzelnen MOEL (Übersicht 4) wurden, basierend auf den Ausgangswerten, Zeitreihen für die realen Handelsströme zwischen diesen Ländern und Österreich bis zum Jahr 2008 berechnet. Diese Vorgangsweise unterstellt, daß die für Österreich relevanten Warenströme mit der gleichen Rate wachsen wie die gesamten Exporte

Übersicht 5: Kosten der Osterweiterung der EU im Jahr 2000

	Budgetausgaben der EU					Budgeteinnahmen der EU		Nettozahlungen	
	GAP ¹⁾	Strukturpolitik ²⁾	Sonstige	Insgesamt	In % des BIP	Insgesamt		Mill. ECU	In % des BIP
	Mill. ECU	Mill. ECU	Mill. ECU	Mill. ECU		Mill. ECU	In % des BIP		
Belgien	1.075	510	2.838	4.423	1,90	3.676	1,58	+ 747	+ 0,32
Dänemark	1.720	170	367	2.257	1,48	1.834	1,20	+ 423	+ 0,28
Deutschland	6.019	3.401	4.997	14.417	0,67	27.184	1,27	-12.767	- 0,60
Griechenland	4.300	3.740	144	8.183	11,50	1.281	1,80	+ 6.902	+ 9,70
Spanien	4.730	6.120	1.083	11.933	2,23	6.435	1,20	+ 5.498	+ 1,03
Frankreich	9.460	2.379	2.839	14.678	1,10	17.130	1,28	- 2.452	- 0,18
Irland	1.720	3.204	121	5.045	8,41	1.139	1,90	+ 3.906	+ 6,51
Italien	3.053	4.726	2.175	9.953	0,96	11.880	1,15	- 1.927	- 0,19
Luxemburg	22	34	955	1.011	7,15	212	1,50	+ 799	+ 5,65
Niederlande	2.580	170	768	3.518	1,05	5.539	1,65	- 2.021	- 0,60
Portugal	1.290	5.780	194	7.264	7,59	1.483	1,55	+ 5.781	+ 6,04
Großbritannien	4.456	2.720	2.282	9.459	0,91	12.488	1,20	- 3.029	- 0,29
Österreich	1.004	401	401	1.806	0,90	2.569	1,28	- 763	- 0,38
Finnland	1.003	358	236	1.597	1,36	1.508	1,28	+ 89	+ 0,08
Schweden	566	287	378	1.230	0,65	2.417	1,28	- 1.187	- 0,63
EU 15	42.997	34.000	19.778	96.775	1,28	96.775	1,28	+ 0	+ 0,00
In % der Gesamtausgaben	44,4	35,1	20,5	100,0					

Schätzung der Kosten einer EU-Mitgliedschaft der MOEL (einschließlich Strukturwandel, GAP Reform Uruguay-Rundel)

Bulgarien	417	835	33	1.285	10,23	161	1,28	1.124	8,95
Tschechien	904	1.625	136	2.664	5,10	669	1,28	1.996	3,82
Ungarn	2.166	2.848	150	5.165	8,94	739	1,28	4.425	7,66
Polen	3.290	6.480	327	10.097	8,04	1.608	1,28	8.490	6,76
Rumänien	3.957	6.163	104	10.223	25,68	510	1,28	9.714	24,40
Slowakei	396	1.705	46	2.147	12,21	225	1,28	1.921	10,93
MOEL 6	11.130	19.656	794	31.581	10,34	3.911	1,28	27.670	9,06
Slowenien	313	648	50	1.011	5,23	248	1,28	764	3,95
Estland	198	351	17	566	8,44	86	1,28	480	7,16
Lettland	260	423	20	703	9,21	98	1,28	605	7,93
Litauen	299	541	20	859	11,36	97	1,28	762	10,08
MOEL 10	12.200	21.618	902	34.720	10,01	4.439	1,28	30.281	8,73
Nettozahlungen in % des EU-BIP (EU-Budgets)									
MOEL 6								0,37	128,591
MOEL 10								0,40	131,291

Q: Breuss (1995) - ¹⁾ Gemeinsame Agrarpolitik - ²⁾ Mittel für die regionale Beihilfenpolitik der EU

te bzw. Importe der MOEL (d. h. Österreichs Marktanteil bleibt unverändert).

Aus diesen Annahmen ergeben sich folgende Modellinputs: Wenn vier Länder Ost-Mitteleuropas (Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) der EU im Jahr 2000 beitreten, wären die österreichischen Güterexporte im Jahr 2008 kumuliert um 2% (die Importe um 0,3%) höher als im Status quo (Assoziation). Unter Einschluß von Polen wäre der Effekt kaum größer (+2,1% bzw. +0,4%). Die Bedeutung der übrigen MOEL (Bulgarien, Rumänien und die drei baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen) für den österreichischen Außenhandel ist so gering (Übersicht 1), daß eine explizite Berücksichtigung nicht ins Gewicht fallen würde. Der Anteil der MOEL am österreichischen Gesamtexport würde im Falle ihres EU-Beitritts im Vergleich zum Assoziationsszenario steigen (von +0,2 Prozentpunkte für Polen bis rund +1 Prozentpunkt für Ungarn). Dagegen bliebe der Anteil der MOEL an den österreichischen Gesamtimporten nahezu unverändert.

Zur Ermittlung der indirekten Handelseffekte wird angenommen, daß die Osterweiterung in der EU einen Wachstumseffekt auslöst, der etwa halb so stark ist wie der für Österreich geschätzte BIP-Effekt. Simulationen mit dem OEF-Weltmodell liefern Ergebnisse, die die An-

nahme einer Beschleunigung des realen BIP-Wachstums in OECD-Europa um ½ Prozentpunkt stützen (Breuss, 1995, S. 5).

Die Schätzung der auf Österreich entfallenden Kosten eines EU-Beitritts der MOEL geht von Berechnungen von Breuss (1995, Table 12a) aus (Übersicht 5). Dabei wird angenommen, daß die MOEL zu leicht geänderten Bedingungen an der GAP teilnehmen und Transfermittel aus den Strukturfonds erhalten⁷⁾. Vermutlich wird jedoch bis zu einem EU-Beitritt der MOEL die GAP grundlegend reformiert sein (Fortsetzung der 1992 eingeleiteten Reformschritte), und die Bedingungen der Mittelvergabe aus den Strukturfonds werden sich geändert haben. Die Schätzungen von Breuss (1995) sind eher als Ober-

⁷⁾ Auf dem EU-Gipfel in Madrid (15.-16. Dezember 1995) legte der für Landwirtschaft zuständige Kommissär Franz Fischler ein Strategiepapier zur Vorbereitung der Agrarpolitik auf die EU-Osterweiterung vor. Kern der Empfehlungen ist eine Fortsetzung der Agrarreform von 1992 (weiterer Umbau der GAP in Richtung direkter Einkommensbeihilfen, Verringerung der Preis- und Marktstützung). Bei einem hypothetischen Beitritt aller 10 MOEL und unveränderter GAP würden die zusätzlichen Kosten für EAGFL-Garantien im Jahr 2000 9 Mrd. ECU und in der Folge (bis 2010) pro Jahr rund 12 Mrd. ECU betragen (verglichen mit 42 Mrd. ECU, die für die EU 15 prognostiziert werden; *Agra-Europa*, 1995). Breuss (1995) schätzt die GAP-Kosten ab dem Jahr 2000 auf 12,2 Mrd. ECU pro Jahr.

grenze anzusehen, obwohl andere Autoren (z. B. Baldwin, 1994) zu noch höheren Beträgen kommen.

Im Jahr 2000 würden die zehn Länder Ost-Mitteleuropas Nettotransfers von rund 30 Mrd ECU (0,4% des BIP der EU 15, 31% des EU-Haushalts) erhalten. Vereinfachend wird angenommen, daß diese zusätzliche Belastung gleichmäßig auf alle 15 EU-Mitglieder verteilt wird. Eine alternative Kostenverteilung könnte sich am Anteil des Außenhandels der EU-Staaten mit den MOEL orientieren. Weiters wird unterstellt, daß mit steigendem Entwicklungsniveau der MOEL und im Zuge weiterer Reformen von GAP und Strukturpolitik die Belastung der alten EU-Mitglieder (im Verhältnis zum BIP) halbiert wird. Damit wurden notwendige Reformen bereits antizipiert.

Im Jahr 2000 würden die Netto-Transfererfordernisse für vier MOEL (Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) 9,1 Mrd. ECU, für Polen 8,5 Mrd. ECU und für die restlichen Länder (Bulgarien, Rumänien und die drei baltischen Staaten) 12,7 Mrd ECU ausmachen (Übersicht 5).

Mit der Osterweiterung tritt das folgende „Transferproblem“ auf: Die Mittel im Rahmen der GAP-Teilnahme und der Strukturfonds sind zweckgebunden. Wie in der „klassischen Transferdebatte“ nach dem Ersten Weltkrieg zwischen Keynes und Ohlin stellt sich nun die Frage, wieviel das Empfängerland von den Transfers wieder für Importe aus den Geberländern ausgibt (siehe Krugman – Obstfeld, 1994, S. 98-100). Hier wird diese Quote mit rund der Hälfte der Nettotransfers angesetzt, da üblicherweise die marginale Importneigung nicht 1 beträgt. Dadurch würde die Leistungsbilanz das Wachstum weniger beschränken als in den Schätzungen von Landesmann – Pöschl (1995), und bei gegebenen Marktanteilen würde in den neuen Mitgliedsländern zusätzliche Nachfrage nach österreichischen Exporten auftreten.

In den Modellsimulationen wurden keine zusätzlichen Integrationswirkungen auf den Reiseverkehr, die Entwicklung der Direktinvestitionen und die Migration berücksichtigt. Aus einer EU-Mitgliedschaft der MOEL sind für den österreichischen Reiseverkehr praktisch keine Nettoeffekte zu erwarten. Was die Direktinvestitionen betrifft, so ist nicht geklärt, ob sie Exporte substituieren oder induzieren. Wenn die Sozialpolitik in der EU so weit harmonisiert wird, daß in jedem EU-Land annähernd gleiche Arbeitsmarktbedingungen herrschen (entsprechend den Entwürfen zur „Entsenderrichtlinie“ der EU), sinkt der Anreiz zur Wanderung von den MOEL in die heutigen EU-Länder. Überdies ist vorstellbar, daß die Migration während einer Übergangsfrist kontrolliert wird.

Unter den beschriebenen Annahmen werden Simulationen für drei alternative Gruppen von Ländern gerechnet, die mit Jahresbeginn 2000 der EU beitreten:

1. MOEL 4: Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn,
2. MOEL 5: MOEL 4 und Polen,
3. MOEL 10: MOEL 5 und Bulgarien, Rumänien sowie die baltischen Staaten.

SIMULATIONSERGEBNISSE⁸⁾

Im Falle des *Beitritts der MOEL 4* (die vier Nachbarstaaten Slowenien, Slowakei, Tschechien und Ungarn) resultiert aus der Summe aller Effekte in Österreich ein kumulierter zusätzlicher Anstieg des realen Brutto-Inlandsproduktes im Jahre 2008 um 1½%. Diese Verbesserung setzt sich zusammen aus dem direkten Handelseffekt (+0,8% des BIP), dem indirekten Handelseffekt (+0,4%) und Nachfrageeffekten aufgrund von Transfers (+0,3%). Die Güterexporte steigen zusätzlich real um 3,5% und beleben über Multiplikatorwirkungen die Inlandsnachfrage (+1,5%). Die einzelnen Komponenten der Nachfrage sind davon allerdings unterschiedlich betroffen. Während die Brutto-Anlageinvestitionen um nahezu 3% stärker ausgeweitet werden, nimmt der private Konsum gegenüber der Basislösung um nur rund 1% zu. Die höhere inländische und ausländische Nachfrage erfordert zusätzliche Importe im Ausmaß von fast 3% (Waren und Dienstleistungen). Die Leistungsbilanz weist daher nur eine leichte Verbesserung aus (0,1% des BIP im Jahr 2008). Der Wachstumsimpuls begünstigt auch den Arbeitsmarkt. Wenn die Integration der MOEL nicht einen besonderen Produktivitätsschub auslöst, erhöht sich die Beschäftigungsnachfrage gegenüber dem Assoziationsszenario um 1% (das sind rund 30.000 Personen). Die Arbeitslosenquote ist um 0,4 Prozentpunkte geringer. Dabei wurde unterstellt, daß durch die EU-Mitgliedschaft der MOEL keine nennenswerte Migrationsbewegung entsteht (z. B. infolge zeitlich beschränkter Ausnahmen vom Freizügigkeitsprinzip).

Allgemein wird befürchtet, daß die zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte der alten EU-Mitglieder infolge der Kosten des EU-Beitritts der MOEL nicht durch Steuereinnahmen kompensiert werden kann, die sich aus erhöhter Wirtschaftsaktivität ergeben. Aufgrund der getroffenen Annahmen steigt das Defizit des Staatshaushalts in Österreich gemäß den Modellsimulationen durch einen EU-Beitritt der 4 MOEL nur anfänglich leicht (um 1,6 Mrd. S), wird jedoch dann zunehmend verringert. Im Jahr 2008 ist das Defizit des Staates um 0,5% des BIP (oder 19,4 Mrd. S) niedriger als im Assoziationsszenario. Dieses günstige Ergebnis hängt

⁸⁾ Die Ergebnisse der Simulationen sind in Übersicht 6 zusammengefaßt. Ausgewiesen werden nur die Werte, die sich am Ende der Simulationsperiode ergeben, also die kumulierten Effekte. Breuss – Schebeck (1995A, 1995B) geben die Effekte für die Jahre 2000 bis 2008 wieder.

Übersicht 6: Auswirkungen des EU-Beitritts assoziierter Oststaaten auf die österreichische Wirtschaft im Jahr 2008

Kumulierte Ergebnisse über die Periode 2000 bis 2008

	MOEL 4 ¹⁾		Polen	MOEL 5 ²⁾	MOEL 10
	Direkte Effekte ³⁾	Gesamte Effekte ⁴⁾		Gesamte Effekte ⁴⁾	
Abweichungen vom Assoziationszenario in %					
Privater Konsum real	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,4
Öffentlicher Konsum, real	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,1
Brutto-Anlageinvestitionen real	+ 1,5	+ 2,9	+ 0,2	+ 0,1	+ 3,2
Exporte i w S real	+ 1,7	+ 2,9	+ 0,2	+ 0,1	+ 3,2
Güter	+ 2,0	+ 3,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 3,8
Importe i w S real	+ 1,7	+ 2,9	+ 0,2	+ 0,2	+ 3,3
Güter	+ 1,9	+ 3,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 3,6
BIP, real	+ 0,8	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,7
Leistungsbilanz in % des BIP	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,1
Deflator des privaten Konsums	- 0,1	- 0,1	± 0,0	± 0,0	- 0,1
Deflator des BIP	± 0,0	± 0,0	+ 0,0	± 0,0	+ 0,1
Terms of Trade: Güter	- 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Verfügbares persönliches Einkommen real	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,7
Lohnquote	- 0,3	- 0,4	- 0,0	- 0,0	- 0,5
Unselbständig Beschäftigte in 1 000	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,1
Arbeitslosenquote	+ 15,5	+ 30,2	+ 2,2	+ 1,9	+ 34,3
Arbeitslosenquote	- 0,2	- 0,4	- 0,0	- 0,0	- 0,4
Arbeitsproduktivität	+ 0,3	+ 0,6	± 0,0	± 0,0	+ 0,6
Net Lending des Staates in % des BIP	+ 0,3	+ 0,5	- 0,0	- 0,1	+ 0,4
Mrd. S	+ 12,1	+ 19,4	- 1,1	- 3,9	+ 14,4

Q: Breuss – Schebeck (1995) – ¹⁾ Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen. – ³⁾ Intensivierung des Außenhandels. – ⁴⁾ Direkte Handelseffekte plus indirekte Handelseffekte (durch Wachstumsimpulse in der EU) und Effekte aus den Transfers in die MOEL

neben der Annahme einer sinkenden Transferbelastung auch von dem Umstand ab, daß im Gefolge der Osterweiterung keinerlei preisdämpfende Effekte erwartet werden; bei Preisdämpfung wäre das Steueraufkommen geringer. Üblicherweise wird angenommen, daß durch den erhöhten Wettbewerb nach der Integration in den Binnenmarkt das Preisniveau langfristig sinkt (siehe im Fall des österreichischen EU-Beitritts Breuss – Kratena – Schebeck, 1994).

Die ökonomischen Auswirkungen des EU-Beitritts eines ostmitteleuropäischen Landes hängen für Österreich von zwei Ausgangsbedingungen ab: Je größer Österreichs Marktanteil, umso größer sind die Handels- und Wachstumseffekte; je geringer der Entwicklungsgrad des Beitrittslandes, umso höher sind die Transferlasten für GAP sowie Strukturfonds und daher die Belastungen für den österreichischen Staatshaushalt. Überwiegt im Falle des EU-Beitritts der MOEL 4 der handelsschaffende Effekt, so dominiert beim Beitritt jedes weiteren Landes der Budgetbelastungseffekt.

Dies zeigt sich deutlich in der Simulation des *EU-Beitritts Polens*. Der handelsschaffende Impuls beträgt lediglich ¼% der österreichischen Gesamtexporte. Daraus resultiert praktisch kein Wachstums- und Beschäftigungseffekt (jeweils + 0,1% nach neun Jahren). Hingegen ist die nachteilige Wirkung auf das Budget beträchtlich. Die zusätzliche Belastung von zunächst 2 Mrd. S (Defizit des Gesamtstaates) flacht – den Annahmen ent-

sprechend – bis zum Jahr 2008 auf 1 Mrd. S ab. Die Defizitausweitung kumuliert sich über den gesamten Zeitraum zu einer Erhöhung der Staatsschuld um 14 Mrd. S.

Bezieht man also Polen in die Gruppe der Beitrittsländer ein (*EU-Beitritt der MOEL 5*), so könnte das reale BIP in Österreich bis zum Jahr 2008 um 1,6% gesteigert werden (im Vergleich mit dem Status quo einer EU-Assoziation der MOEL).

Aufgrund der geringen Außenhandelsverflechtung Österreichs mit den anderen Ländern Ost-Mitteleuropas (Bulgarien, Rumänien und den drei baltischen Staaten) sind aus einem EU-Beitritt dieser Länder (*Simulation des Beitritts der MOEL 10*) keine nennenswerten zusätzlichen handelsschaffenden Effekte zu erwarten. Die Transfers an diese Länder könnten den Außenhandel leicht anregen (Österreichs Export + 0,1%). Ein EU-Beitritt der restlichen 5 MOEL bringt ähnliche Integrationseffekte wie der Beitritt Polens; der Effekt auf BIP und Beschäftigung beträgt + 0,1%. Den geringen handelsschaffenden Integrationseffekten steht gleich zu Beginn eine fast doppelt so hohe Budgetbelastung wie im Falle der EU-Mitgliedschaft Polens gegenüber (4 Mrd. S).

Die volle Integration aller zehn Länder Ost-Mitteleuropas in die EU würde sich also positiv auf die österreichische Wirtschaft auswirken. Das reale BIP wäre im Jahr 2008 um 1,7% höher als im Falle des Festhaltens am Assoziationsstatus. Der Anfangsimpuls im Jahr 2000 beträgt ungefähr 0,5% des BIP, danach kommen pro Jahr rund 0,2% dazu. Durch die Nettotransfers an die neuen EU-Mitglieder würde das Defizit des Staatshaushalts vier Jahre hindurch steigen (beginnend mit + 7,8 Mrd. S im Jahr 2000); ab der Hälfte der Simulationsperiode überwiegen dann die positiven Wirkungen, sodaß das Defizit im Jahr 2008 um 14,4 Mrd. S geringer wäre als ohne Beitritt der MOEL 10. Diese positiven Effekte sind aber nur auf die Integration der vier Nachbarstaaten zurückzuführen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das WIFO versuchte, mit Simulationen des Makromodells die möglichen Auswirkungen einer Osterweiterung der EU auf die österreichische Wirtschaft abzuschätzen. Da es höchst unwahrscheinlich ist, daß die zehn Länder Ost-Mitteleuropas (MOEL) gleichzeitig der EU beitreten, wurde die Osterweiterung in drei Stufen durchgerechnet. Mit ersten Beitrittsverhandlungen ist nach Abschluß der Regierungskonferenz 1996 zu rechnen; die Berechnungen basieren auf der Hypothese erster EU-Beitritte im Jahr 2000.

In der ersten Stufe wurde der EU-Beitritt der vier Nachbarstaaten (Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) – die gleichzeitig die höchstentwickelten MOEL sind – auf seine Auswirkungen für Österreichs Wirt-

schaft analysiert. Mit diesen MOEL betreibt Österreich am intensivsten Handel. Daher sind selbst unter Berücksichtigung der unvermeidbaren Kosten dieser EU-Erweiterung (GAP, Strukturfonds) die ökonomischen Integrationseffekte für Österreich am höchsten. Die Handels-schaffung verstärkt das Wirtschaftswachstum, dadurch können höhere Steuereinnahmen erzielt werden, welche die zusätzlichen Ausgaben mehr als kompensieren würden.

Der Beitritt Polens und der restlichen MOEL (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen und Rumänien) würde den österreichischen Staatshaushalt deutlich mehr belasten und nur einen marginalen handelsschaffenden Effekt bringen

Diese Aussagen gelten im wesentlichen nur für Österreich. Andere EU-Länder würden aufgrund anders gelagerter Handelsbeziehungen eine andere Reihenfolge des EU-Beitritts von MOEL bevorzugen. So ist Finnlands Wirtschaft eng mit den baltischen Staaten verflochten, und Deutschlands Außenhandel mit Polen ist viel intensiver als der Österreichs.

LITERATURHINWEISE

- Agra-Europe, 1995, (49)
- Aiginger, K., „Die Wirkung der Ostöffnung auf die Struktur der österreichischen Industrie“, in „EUROPA 1996 Auswirkungen einer EU-Osterweiterung“, Bundeskanzleramt, Schriftenreihe Europa, 1995, S 191-259.
- Baldwin, R. E., *Towards an Integrated Europe*, London, 1994.
- Bartolini, L., Symansky, S., „Macroeconomic Effects on Western Europe of the Opening Up of Eastern Europe. Some Simulation Results“, in de Fontenay, P., Gomel, G., Hochreiter, E. (Hrsg.), *Western Europe in Transition The Impact of the Opening Up of Eastern Europe and the Former Soviet Union*, Banca d'Italia, International Monetary Fund, Oesterreichische Nationalbank, 1995, S 15-47.
- Biffi, G., „Auswirkungen des Ausländerzustroms auf den Arbeitsmarkt“, WIFO-Monatsberichte, 1992, 65(10), S 526-535
- Biffi, G., *SOPMI Report on Labour Migration: Austria 1994/95*, WIFO, Wien, 1995
- Breuss, F., *Österreichs Außenwirtschaft 1945/1982*, Signum, Wien, 1983
- Breuss, F., „Cost and Benefits of EU's Eastern European Enlargement“, WIFO Working Papers, 1995, (78)
- Breuss, F., Kratena, K., Schebeck, F., „Effekte eines EU-Beitritts für die Gesamtwirtschaft und für die einzelnen Sektoren“, WIFO-Monatsberichte, Sonderheft, Mai 1994, S S18-S33
- Breuss, F., Schebeck, F. (1995A), „EU-Osterweiterung, Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf Österreich Berechnungen mit dem WIFO-Makromodell“, in „EUROPA 1996 Auswirkungen einer EU-Osterweiterung“, Bundeskanzleramt, Schriftenreihe Europa, 1995, S 129-156
- Breuss, F., Schebeck, F. (1995B), „Opening Up of Eastern Europe and EU's Eastern European Enlargement. The Impact on the Austrian Economy“, WIFO Working Papers, 1995, (82).
- Breuss, F., Tesche, J., „A General Equilibrium Evaluation of Trade and Industrial Policy Changes in Austria and Hungary“, *Weltwirtschaftliches Archiv*, 1994, 130(3), S 534-552
- Breuss, F., Tesche, J., *A General Equilibrium Analysis of East-West Migration. The Case of Austria-Hungary*, Paper prepared for the OECD/WIFO Seminar on „Migration, Free Trade and Regional Integration“, Wien, 1996 (IEF Working Paper, 1996, (14))
- Dietz, R., Havlik, P., „Auswirkungen der EU-Ost-Integration auf den österreichischen und den EU-Osthandel“, in „EUROPA 1996. Auswirkungen einer EU-Osterweiterung“, Bundeskanzleramt, Schriftenreihe Europa, 1995, S 87-127
- EC, „The Economic Interpenetration between the European Union and Eastern Europe“, *European Economy, Reports and Studies*, 1994, (6)
- EU, *Europäischer Rat Madrid, 15. bis 16. Dezember 1995, Schlußfolgerungen des Vorsitzes*, SI (95) 1000, Brüssel, 1995
- Eurostat, *Außenhandel*, 1995, (7)
- Gasiorek, M., Smith, A., Venables, A., „Modelling the Effect of Central and East European Trade on the European Community“, in *EC* (1994), S 521-538
- Hamilton, C., Winters, L. A., „Opening up International Trade with Eastern Europe“, *Economic Policy*, 1992, (14), S 77-116
- Kramer, H., Peneder, M., Stankovsky, J., „Problemstellung und theoretische Betroffenheit“, in Aiginger, K. (Koord.), *Chancen und Gefährdungspotentiale der Ostöffnung Konsequenzen für die österreichische Wirtschaft*, Teil 1, WIFO, Wien, 1993
- Krugman, P. R., Obstfeld, M., *International Economics Theory and Policy*, 3rd Edition, New York, 1994
- Landesmann, M., Pöschl, J., „Die Zahlungsbilanz als Begrenzungsfaktor des Wirtschaftswachstums in Ost-Mitteuropa“, in „EUROPA 1996 Auswirkungen einer EU-Osterweiterung“, Bundeskanzleramt, Schriftenreihe Europa, 1995, S 299-357
- Neary, P., „Factor Mobility and International Trade“, *Canadian Journal of Economics*, Special Issue, 1995, 28, S. S4-S23.
- Pfaffermayr, M., „Foreign Outward Direct Investment and Exports in Austrian Manufacturing Substitutes or Complements?“, Universität Linz, Working Paper, 1995, (9506)
- Schebeck, F., „Exporte stützen Wachstum – Budgetkonsolidierung schwächt Inlandsnachfrage. Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 1999“, WIFO-Monatsberichte, 1995, 68(3), S 159-164.
- Schebesch, H., Wörgötter, A., „Impact of the Opening Up of Eastern Europe on Austria“, in de Fontenay, P., Gomel, G., Hochreiter, E. (Hrsg.), *Western Europe in Transition The Impact of the Opening Up of Eastern Europe and the Former Soviet Union*, Banca d'Italia, International Monetary Fund, Oesterreichische Nationalbank, Wien, 1995
- Sheehy, J., „Foreign Direct Investment in the CEECs“, in *EC* (1994), S. 131-148
- Stankovsky, J., „Neue Wettbewerbsregeln in Europa“, in Aiginger, K. (Koord.), *Chancen und Gefährdungspotentiale der Ostöffnung Konsequenzen für die österreichische Wirtschaft*, Teil 2, WIFO, Wien, 1993
- Stankovsky, J., „Österreichische Direktinvestitionen in Osteuropa“, in „EUROPA 1996 Auswirkungen einer EU-Osterweiterung“, Bundeskanzleramt, Schriftenreihe Europa, 1995, S 157-192.
- Stankovsky, J., „Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen in Osteuropa“, in diesem Heft

Thirlwall, A. P., „The Balance of Payments Constraints as an Explanation of International Growth Rate Differences“, Banca Nazionale del Lavoro, Quarterly Review, 1979, (128), S. 45-53

Weyerbrock, S., „Can the European Community Absorb More Immigrants? A General Equilibrium Analysis of the Labor Market and

Macroeconomic Effects of East-West Migration in Europe“, Journal of Policy Modeling, 1995, 17(2), S. 85-120,

Zimmermann, K. F., „European Migration Push and Pull“, Proceedings of the World Bank Annual Conference on Development Economics 1994, Washington, D.C., 1995, S. 313-342

Eastern European Opening and EU Enlargement – Summary

Liberalization of East-West trade since the breakdown of communism in 1989 has seen Austria as a net gainer. Its net exports with the East increased considerably, resulting in a trade surplus of ATS 16.5 billion in 1994, after years of balanced trade before 1989. Although in some sectors the comparative advantages of suppliers from Central and Eastern European countries (CEECs) drove domestic firms out of the market, the Austrian economy as a whole benefited from the opening up of Eastern Europe. According to model simulations, taking into account not only trade creation effects of the opening up of Eastern Europe but also indirect effects via German unification and immigration effects, Austria's real GDP was boosted by 2.4 percent in the five years since 1989. The export-induced additional output led to the creation of 56,000 new jobs in the whole economy. However, the immigration flows accompanying the liberalization process pushed up labor supply and hence unemployment.

Besides the completion of European Monetary Union, the next big challenge for the EU is Eastern enlargement by possibly ten associated CEECs. The most likely approach will be a step-by-step membership of the CEECs, starting with the most advanced countries. Although there is no exact timetable for negotiations with the CEECs, one may expect the first negotiations to commence after conclusion of the Intergovernmen-

tal Conference 1996. From the Austrian perspective, the four neighbouring countries Czech Republic, Hungary, Slovakia and Slovenia would form an economically „optimal package“ of new members. Taking into account not only the possible integration effects of a larger market, but also the additional cost of EU membership of CEE countries by their participation in the CAP and the structural policy, the article concludes that full EU membership of these four CEECs would lead to an increase of real GDP in Austria by 1.5 percent after nine years, starting in the year 2000. The initial budgetary costs of membership would in the long run be more than offset by additional tax revenues due to higher growth.

From the point of the Austrian economy, any further enlargement would be a net burden, with the costs of membership outweighing the benefits. The reasons for this are manifold: First, Austria is only a marginal trading partner of the other CEECs. Second, the other CEECs (Bulgaria, Poland, Romania and the Baltic states) are less developed than the four neighbours and therefore would claim more resources from structural funds. Simulation of EU membership for all ten CEECs still shows a positive net effect for the Austrian economy. Austria's real GDP would be raised by 1.7 percent after nine years, with the integration effect offsetting the high cost of CEEC membership.